

Antrag Nr. 17-F-10-0004

AfD

Betreff:

Videüberwachung und Sicherheit in Wiesbaden
- Antrag de AfD-Fraktion vom 16.02.2017-

Antragstext:

Weil eine verbesserte Videüberwachung nur Sinn macht in Kombination mit einer einsatzbereiten und leistungsfähigen Stadtpolizei wolle die Stadtverordnetenversammlung in diesem Zusammenhang und angesichts der aktuellen Entwicklungen bei der Wiesbadener Stadtpolizei beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. In der zukünftigen Dienststelle der Stadtpolizei in der Mauritius-Galerie die Einrichtung mehrerer Gewahrsamszellen zu prüfen und, soweit die planungs- und bautechnischen Möglichkeiten vorhanden sind, auch zu veranlassen.
2. Auskunft darüber zu erteilen, wann die 22 befristet eingestellten Stadtpolizisten ihre unbefristeten Arbeitsverträge erhalten werden.
3. Auskunft darüber zu erteilen, inwieweit aktuelle Änderungen der Gefahrenabwehrverordnung, der Dienstvereinbarungen sowie der Dienstanweisungen dazu geeignet sein können, den bisherigen Status der Stadtpolizei und deren Kompetenzen gemäß §§ 55, 63, 99 HSOG in Frage zu stellen sowie die Einsatzfähigkeit der Beamten zum Beispiel im Hinblick auf Pausenregelung und Reduzierung von Nacht- und Wochenenddienstzeiten zu beeinträchtigen.
4. Auskunft darüber zu erteilen, ob eine Aufteilung der Stadtpolizei auf verschiedene Dezernate geplant ist.

Wiesbaden, 16.02.2017

Dr. Eckhard Müller
Fraktionsvorsitzender
AfD Stadtverordnetenfraktion

Robert Lambrou
Fraktionsgeschäftsführer
AfD Stadtverordnetenfraktion